



// Resolution des Gewerkschaftstages am 30.11.2020 //

Resolution der GEW Rheinland-Pfalz zu menschenverachtenden Gewalttaten und jeglicher Form von Diskriminierung

Die GEW Rheinland-Pfalz bekennt sich deutlich zu einer offenen, toleranten und pluralen Gesellschaft, in der Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist. Wir verurteilen antidemokratische und menschenverachtende Gewalttaten aller Art sowie jede Form von Diskriminierung (insbesondere Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamismus).

Wir stehen öffentlich dafür ein, dass alle Bildungseinrichtungen Orte demokratischer Erziehung und freier Meinungsäußerung sein müssen.

Nach dem grausamen Mord an dem Lehrer Samuel Paty in Frankreich und weiteren brutalen Taten in Halle, Hanau, Dresden, Nizza und Wien sehen wir uns in der Pflicht, als GEW auf derartige Ereignisse zu reagieren und diese Angriffe scharf zu verurteilen. Solche menschenverachtenden Gewalttaten, begangen auf der Basis gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Missachtung der Menschenrechte, sind nicht mit der Demokratie und unseren Grundrechten vereinbar und dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Vor allem als Bildungsgewerkschaft, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Erzieher*innen müssen wir demokratische Werte und politische Bildung als unverzichtbaren Bestandteil in sämtlichen Bildungseinrichtungen fördern und vorleben.

Es ist von hoher Relevanz, Themen wie Demokratieerziehung, Diversität, die Bekämpfung von Diskriminierung und die Förderung interkultureller Kompetenzen zu stärken. Diese Inhalte müssen – getragen von gegenseitiger Anerkennung und von Respekt – vom Elementarbereich bis zur beruflichen und hochschulischen Bildung und Erwachsenenbildung sowie in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer*innen, pädagogischen Fachkräften, Erzieher*innen und Ausbilder*innen aufgenommen werden. Darüber hinaus müssen sich diese Themen auch in den Curricula und Stundentafeln der Lernenden sowie in pädagogischen Konzepten sämtlicher Bildungseinrichtungen, von der Kita bis hin zur Hochschul- und Berufsausbildung sowie in der beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung wiederfinden. So können unsere demokratischen, an den Menschenrechten orientierten Grundsätze in eine von Vielfalt gekennzeichnete Gesellschaft implementiert werden und in den Regelangeboten Verstärkung finden, auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeder Art mitsamt den damit verbundenen Gewalttaten darf im Bildungsbereich keinen Platz haben. Dahin gehende Äußerungen und Taten bei Lehrenden und Lernenden müssen aus diesem Grund unmittelbar Konsequenzen nach sich ziehen.